

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Schick-Konto: Hannover 57613
Schick-Konto: Essen . . . 24171

Der Abonnementspreis beträgt durch den Boten oder durch die Post bezogen monatlich 10000 Mark. — Post- und Geschäftsangelegenheiten werden nicht aufgenommen.



Verantwortl. für den Inhalt: Karl Schuch, Bodum. Druck: H. Hansmann & Co., Bodum.
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bodum, Wismarstraße 38-42.

Telefon-Nummern: 88, 89, 98
Telegraph: Altkreis Bodum

An unsere Verbandsmitglieder!

Die katastrophale Geldentwertung bedroht die Finanzen, die Einrichtungen und damit die Aktionsfähigkeit des Verbandes aufs schwerste. Im Hinblick auf die Gefahren, die der gesamten Arbeiterbewegung drohen durch Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung, Lohnsenkung usw., ist es selbstverständliche Pflicht eines jeden Mitgliedes, Opfer zu bringen, um den Verband stark und aktionsfähig zu erhalten. Vorstand und Bezirksleiter haben deshalb auf Grund des § 10 Ziffer 1 des Statuts beschlossen, einen

Extrabeitrag

in Höhe eines durchschnittlichen Wochenbeitrages

auszuschreiben. Dieser Extrabeitrag soll von der 36. Beitragswoche ab vorläufig in vier Wochenraten dergestalt erhoben werden, dass der jeweilige Wochenbeitrag um 25 Prozent erhöht wird. Diese Erhöhung kommt in den auszugebenden Beitragsmarken für die 36. bis einschliesslich 39. Woche zum Ausdruck. Jedes Mitglied ist verpflichtet, diesen Beitrag zu entrichten. Wir erwarten, dass den Einkassierern keine Schwierigkeiten gemacht werden.

Kameraden! Ihr alle kennt die Gefahren, die mit der unheimlichen wirtschaftlichen Entwicklung dem Verbandsgebiet drohen. Wir sind überzeugt, dass ihr das geforderte Opfer freudig bringen werdet. **Nichtwendig ist aber, dass die Beiträge wöchentlich pünktlich gezahlt und von den Funktionären auf dem schnellsten Wege abgeführt und der Hauptkasse übermittelt werden.** Nur wenn die Funktionäre und Mitglieder allseitig zusammenarbeiten, ist es möglich, die augenblicklichen Schwierigkeiten zu überwinden.

Nachstehende Angaben zeigen unseren Kameraden, wie katastrophal sich die Entwicklung auf die Finanzen des Verbandes auswirken musste. Da wir verschiedenartige Beiträge in verschiedenen Revieren haben, können wir nur Durchschnittswerte angeben. Im Durchschnitt betrug im ganzen Verbandsgebiet der Julibeitrag 6800 Mk., der Augustbeitrag 235500 Mk. Die Julibeiträge standen im August nur zu einem sehr geringen Bruchteil der Hauptkasse zur Verfügung und es liefen zum Teil sogar noch die Beiträge aus dem Monat Juni ein.

So wenig unsere Kameraden ihren Haushalt mit dem Lohn aus dem Monat Juni bestreiten können, ebenso wenig kann der Verband die August-Ausgaben mit den Beiträgen aus dem Monat Juni bestreiten.

Ein Waggon Druckpapier, der im Monat Juli 78 Millionen Mark kostete, musste im August mit 565 Millionen Mk. bezahlt werden. Im September wird er mindestens 1 Milliarde Mark kosten. Infolge der Ruhrbesetzung müssen wir die „Bergarbeiter-Zeitung“ an verschiedenen Stellen drucken lassen. An einer Stelle zahlten wir im Juli nur für den Druck einer vierteiligen Zeitung, ohne Satz, Papier und Expedition, 33 Millionen Mark, im August dagegen für nur eine zweiseitige Zeitung 485 Millionen Mark. Auch diese Ausgabe wird im September voraussichtlich 1 Milliarde Mark betragen.

Diese kurzen Angaben müssen unseren Kameraden als Beweis für die unabwendbare Notwendigkeit eines Extrabeitrages in Höhe eines durchschnittlichen Wochenbeitrages genügen. Sie müssen auch unseren Funktionären zeigen, dass die wöchentliche Beitragskassierung und schleunigste Abführung der einkassierten Beiträge eine absolute Notwendigkeit sind.

Löhne im Kohlenbergbau.

Für die Woche vom 27. August bis 2. September wurden die Löhne um 42,1 Prozent der vorwöchentlichen Löhne erhöht. Die bei der Berechnung sich ergebenden Beträge werden auf 10000 Mark abgerundet. Es betragen also die Durchschnittslöhne einschließlich Soziallöhne für diese Woche:

Revier	Mitteldeutsche Braunkohle:
Stein- und Braunkohlenbergbau . . . 9000000 Mk.	Kernrevier . . . 8540000 Mk.
Ob.-Schlesien . . . 7220000	Randrevier 1 5 % weniger
N.-Schlesien . . . 668.000	Randrevier 2 8 %
Sachsen . . . 8980000	Randrevier 3 10 %
N.-Sachsen . . . 6400000	Bayer:
Oberrhein . . . 6680000	Reichsholz . . . 8540000 Mk.
	Steinkohle . . . 8880000
	Braunkohle . . . 8580000

Für die übrigen Reviere wurde noch verhandelt und vor Redaktionsschluss war keine Nachricht zu erhalten.

Das Wertbeständigkeitsabkommen für den Bergbau ist von den Unternehmern gekündigt worden. Angeblich hat die Kündigung nur formale Bedeutung. Man geht aber nicht fehl in der Annahme, dass es den Unternehmern um eine Verschlechterung des Abkommens zu tun ist. Sie waren sehr schwer dazu zu bringen, das Prinzip der Wertbeständigkeit des Lohnes bis zum Zahlungstermin anzuerkennen. Sie wollen die Wertbeständigkeit für die Verrechnungswoche, während die Arbeiter sie für die Verbrauchswoche wollen. Bei den kommenden Verhandlungen wird sich zeigen, was die Unternehmer wollen.

Macht gegen Not!

Unfassbar ist das Elend, das die letzte Phase des Weltkriegs, die Ruhraktion, über die Bewohner dieses Gebietes wie über die arme Bevölkerung ganz Deutschlands gebracht hat. Die Gewaltpolitik Frankreichs, die Profitgier deutscher Kapitalistenkreise und die Unfähigkeit der Cuno-Regierung führten zu immer tollerem Geldentwertung und Verelendung, so dass fünf Minuten vor dem Zusammenbruch das erfüllt oder wenigstens zu erfüllen versprochen wurde, was die Arbeiterbewegung seit Jahr und Tag fordert: Zugriff auf den Besitz zur Ordnung der deutschen Finanzen.

Die Erfassung der Sachwerte wurde von der frei organisierten Arbeiterbewegung seit Jahr und Tag gefordert. Von allen Seiten wurde sie abgelehnt, die Kommunisten verschrien sie als einen neuen sozialdemokratischen Volksbetrug, alle Bürgerlichen wehrten sich dagegen im vermeintlichen Interesse ihres Geldbetrags. Endlich, nachdem dem Reich und jedem Bürger das Wasser bis zum Hals stand, als Hungerkrawalle alles zu vernichten drohten, der Wert der Mark ins bodenlose Nichts versunken und die Reichsschulden und der Banknotenumlauf ins Phantastische gestiegen waren, liegte der Gedanke der Sachwertverwertung.

Vor seinem Auseinandergehen nahm der Reichstag eine Entschliessung der neuen Koalitionsparteien und der Bayerischen Volkspartei an, welche besagt:

„Die Reichsregierung wird ersucht, alsbald Gelegetenfälle vorzulegen, welche durch Belastung der Vermögenswerte der Wirtschaft und durch den Übergang zu einer wertbeständigen Währung eine Sanierung der Reichsfinanzen und eine Stärkung des Reichstabelleins in die Wege führen.“

Wie rasch und energig diese Entschliessung Erfüllung findet, davon hängt die künftige Entwicklung nicht zuletzt ab.

Die neuen Besitztümer wurden unter dem Druck der Stunde noch kräftiger, als die Cuno-Regierung sie vorschlug: Zehnfacher Zwangsanzleihebetrag als erste Rate der Brotverforgungsgeldgabe; Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer, die das 100- bis 400fache der Steuer für 1922 beträgt; das Doppelte dieser Vorauszahlung als Rhein- und Ruhrabgabe und eine sehr hohe Steuer für Kraftfahrzeuge.

Nur ein Teil dieser Erkenntnis vor einigen Monaten: das Elend des Volkes wäre nicht so groß geworden und hätte sich nicht in Hungerkrawalle Luft gemacht. So sehr solche Krawalle schaden statt zu nützen, so verständlich sind sie, wenn man die Entwicklung der Preise betrachtet. Die Zeiten, in denen die Großhandelspreise zögernd dem Dollar und dem in wochenlangem Abstand die Kleinhandelspreise folgten, sind längst dahin. Der heutige Stand des Dollars wirkt sich sofort, in einigen Stunden in den Kleinhandelspreisen aus, einerseits, ob es sich um inländische oder ausländische Waren handelt.

Die Lebenshaltungskosten zeigten nach dem Reichsindey folgende Entwicklung:

1913/1914	1	20. Juni	27. Juni	4. Juli	11. Juli	16. Juli	23. Juli	30. Juli	6. August	13. August
1923		9272 (+ 38 %)	11785 (+ 23 %)	16180 (+ 34,3 %)	21511 (+ 33 %)	28592 (+ 34,3 %)	30336 (+ 36,1 %)	71476 (+ 81,7 %)	140531 (+ 109,2 %)	436035 (+ 102,2 %)
Januar-Durchschnitt	1120									
März	3854									
Stichtagsfiguren										
25. April	3061									
16. Mai	3737									
13. Juni	6050									

Man kann im Zweifel sein, ob selbst die neue verbesserte Reichsindey die Verelendung richtig erfasst, eine Menge Lebensmittelpreise und Bedarfsartikel zeigen eine das millionenfache übersteigende Wertvermehrung. Nicht allein deshalb, weil die Waren knapp sind, sondern weil mit jeder Ware zum Zweck des Gewinnes spekuliert wird. Weizenmehl kostete am 6. August 9,1 Mill. Mk. die Tonne, am 20. August bis 28,5 Millionen. Nicht nur, weil der Bedarf und die zunehmende Geldentwertung die Preise trieb, sondern auch, weil „Versicherungsbedürftige“ ihr Geld in solchen Waren anlegten, um sie später mit Gewinn zu verkaufen. Rohhefen, im Frieden 10—12 Mark kostend, war am 16. August 1923 auf 99,45 Millionen, Spiegeleisen auf 151 Mill. Mk. je Tonne gestiegen.

Die Zwangswirtschaft für Nahrungsmittel u. s. w. wurde abgeschafft, dafür blüht stärker als je die Zwangswirtschaft der Kartelle, Syndikate und Interessentenvereinigungen. Ohne die Unfähigkeit dieser Macht gibt es keine vernünftige Entwicklung. Wahrscheinlich zwingt auch die Not der Zeit wieder zu Zwangsmassnahmen zur Sicherung der Lebensmittelversorgung, weil die armen Leute von Versprechungen der Landwirte nicht satt werden.

Auf dem Gebiet der Finanz- und Währungspolitik, von dem aus allein wirksam die Not unterbunden werden kann, werden scharfe Kämpfe entzogen. Die Not zwingt die Reichsregierung zur brutalen Unterdrückung der Spekulation, zu einer Finanzpolitik, die nicht immer steigende neue Reichthümer in die Geldschränke der Spekulanten leitet. Dagegen wehrt sich alles, was Weissen hat.

Einen Ausweg aus der Not dieser Zeit gibt es nur nach den Richtlinien, wie die Arbeiterbewegung sie seit Jahr und Tag vertritt. Ist die neue Regierung gewillt, diesen Weg zu gehen, so wird sie die Unterstützung der Gewerkschaften haben. Kann sie diesen Weg nicht klar und energig verfolgen, macht ihr die „Wirtschaft“ wie bisher alle möglichen Schwierigkeiten, so gehen wir besten Zeiten entgegen und niemand weiss, ob in dem Kampf der Verzweiften gegen Hunger und Elend Reich und Land, Organisation und Kultur bestehen bleiben.

Um so notwendiger ist, jetzt das zu tun, was allein als richtig und im Dunkel der Zeiten erscheint: Stärkung unserer Organisation und unserer Macht!

Der Streit im Zwickauer und Lugauer Delsniger Steinkohlenrevier.

Am 25. Juli traten die Belegschaften des Zwickauer Steinkohlenreviers in den Streit, weil ihnen die am 16. Juli für die Zeit vom 17. ab bewilligte Lohnhöhung zu gering war. Die Betriebsausschüsse des Zwickauer Reviers beschloßen in einer Sitzung am 20. Juli über die zuständigen Gewerkschaften hinweg, von den Arbeitgebern eine einmalige Wirtschaftshilfe von 600000 Mk. je Mann der Belegschaft zu fordern und von den Unternehmern bis zum 24. Juli eine zugehörige Antwort zu verlangen. Letzteres erfüllten die Unternehmer nicht, weil erst am 24. Juli in Berlin Lohnverhandlungen stattfanden. Anstatt daß nun die Belegschaften die Mitteilung des Ergebnisses dieser Verhandlungen abwarteten, traten sie beim Beginn der Frühlingszeit am 25. Juli in den Streit. Bei den Verhandlungen am vorhergehenden Tage war erreicht worden, daß die am 28. Juli ab 2. August zu vereinbarende neue Lohnzulage für die sächsischen Steinkohlenreviere auf den 23. Juli vorab zu zahlen sein sollte. Außerdem sollte eine weitere 15prozentige Sondererhöhung erfolgen. Um diesen Prozentsatz waren nämlich in den vorhergegangenen Lohnverhandlungen die Löhne in den sächsischen Steinkohlenrevieren hinter dem amtlichen Teuerungsindey zurückgeblieben.

Als die Belegschaften dieses Verhandlungsergebnis erfuhren, standen sie bereits im Streit und erklärten es nun für völlig unzureichend.

Inzwischen hatten sich auch die Belegschaften des Lugauer Delsniger Reviers dem Streit angeschlossen.

In der am zweiten Streittage stattgefundenen zentralen Lohnverhandlung wurden aber die ursprüngliche ab 2. August gedachten neuen Lohnhöhen für alle Reviere auf den 28. Juli und gemäß der Vereinbarung vom 24. für die sächsischen Steinkohlenreviere auf den 20. Juli vorab zu zahlen. Auch mit diesem Ergebnis erklärten sich die Streikenden nicht einverstanden.

Unsere Bezirksleitungen Zwickau und Lugau berieten nun am 22. Juli eine gemeinschaftliche Revierkonferenz ein, die folgende Forderungen aufstellte und in der die Führung der Streits von den Gewerkschaften übernommen wurde:

1. Einführung der 14tägigen reinen Lohnzahlung;
2. Vorabzahlung der ab 20. Juli bewilligten Lohnzulage auf den 10. Juli;
3. Vorabzahlung der ab 2. August neu zu bewilligenden Lohnzulage auf den 23. Juli.

Über diese Forderungen wurde am folgenden Tage mit dem Bergbauischen Verein in Zwickau verhandelt und restlose Anerkennung erzielt. Am darauffolgenden Tage erreichte man auch vom Reichswirtschaftsminister die Zusicherung, daß den Werken zur Abgeltung dieser Lohnzulagen entsprechende Kohlenpreiserhöhungen gewährt würden. Als die Belegschaften von dieser restlosen Anerkennung der vorerwähnten Forderungen Kenntnis erhielten, nahmen sie im Zwickauer Revier sofort vollständig die Arbeit wieder auf.

Für die Gewerkschaften mußte damit der Streit als beendet gelten. Die Belegschaften im Lugauer Delsniger Revier aber beharrten weiter im Streit und veranlaßten auch die Belegschaften im Zwickauer Revier zur nochmaligen Arbeitsunterbrechung. Nunmehr wurde eine gemeinschaftliche wilde Konferenz von einer Anzahl Gewerkschaften und Unionisten einberufen und folgende neue Forderungen aufgestellt: Eine einmalige Wirtschaftshilfe von 5 Mill. Mark für Verheiratete mit Kindern, 4 1/2 Mill. Mk. für Verheiratete ohne Kinder und 4 Mill. Mk. für Ledige. Diese Forderungen wurden nach weiterer einwöchiger Streik, und nachdem den Werken bei den inzwischen wieder stattgefundenen neuen allgemeinen zentralen Lohnverhandlungen für den größten Teil der Zeit im August Preis zugesichert war, bewilligt. Damit fand der Streit am 11. August im Zwickauer Revier abermals sein Ende, im Lugauer Delsniger Revier erst am 18. August.

Mit diesem Streit befaßte sich am 19. August in Hohenstein eine Konferenz der Funktionäre und Betriebsausschüsse der am Tarifverträge für den Steinkohlenbergbau beteiligten Gewerkschaften. Unser Bezirksleiter Langhans, Zwickau, schloßerte zunächst die Entschliessung und den Verlauf des Streits. Der Streit sei ohne vorherigen Beschluß der zuständigen Gewerkschaften entstanden. Trotz dem hätten diese aber in Anerkennung der Notlage der Belegschaften die Führung des Streits übernommen und in einer Revierkonferenz präzisierende Forderungen aufgestellt. Diese Forderungen wurden vom Bergbauischen Verein Zwickau restlos anerkannt und damit sei jeder Grund zur Fortsetzung des Streits fortgefallen. Die Belegschaften des Zwickauer Reviers hätten daraufhin auch sofort vollständig die Arbeit wieder aufgenommen. Nur die Belegschaften des Lugauer Delsniger Reviers hätten die Wiederaufnahme der Arbeit verweigert und durch einen nach dem Zwickauer Revier veranstalteten Demonstrationstag die Belegschaften dieses Reviers zum Wiedereintritt in den Streit veranlaßt. Darauf seien in einer wilden Konferenz in Hohenstein neue Forderungen aufgestellt worden, an die zu Beginn des Streits noch niemand gedacht hätte. Diese Art Lohnbewegung sei durchaus ungewerkschaftlich und daher auch von den Gewerkschaften abgelehnt worden. Jetzt hätten die Belegschaften zwar bis zu 5 Millionen Mark einmalige Wirtschaftshilfe erhalten, dafür aber bis zu 10 Millionen Mark Arbeitslohn eingebüßt. Eine solche Methode von Lohnbewegung ende immer zum Schaden der beteiligten Arbeiter. Auch der amnestische Vorlesende unseres Verbandes, Kamerad Gusemann, rechtfertigte in eingehender Weise im gleichen Sinne die Haltung der Gewerkschaften zu dem Streit.

In der sehr ausführlichen, aber sachlichen Debatte wurde von vielen Rednern die Haltung der Verbandsleitung kritisiert. Und von Delegierten aus dem Hohenstein Revier, dessen Belegschaften gar nicht am Streit beteiligt gewesen sind, wurde ein Antrag gestellt, unserer Bezirksleitung Zwickau ein schriftliches Abkommen mit 28 gegen 27 Stimmen bei 9 ungenügenden Stimmen abgelehnt. Dieses Abstimmungsergebnis ist also ein Vertrauensvotum für die Gewerkschaftsleitungen mit überwältigender Mehrheit der Organisationsfunktionäre.

So liegt denn die Konferenz nichts von der während des Streits wegen der Haltung der Gewerkschaftsleitungen (wie das bei allen Streits in Erscheinung tritt) vereinzelt beschränkten Befürwortung einer Mittelberufung aus den Gewerkschaften bemerkten, im Gegenteil, alle Funktionäre, die in der Debatte zum Worte kamen, auch diejenigen, die die Verbandsleitungen am heftigsten kritisierten, bekundeten ihren festen Willen, die Gewerkschaften auch weiterhin zu stärken, und von unserer Bezirksleitung Lugau konnte sogar mitgeteilt werden, daß dort seit Beendigung des Streits schon wieder annähernd 100 Neueinstellungen gemacht worden sind.

Unser Widerstand im Urteil der englischen Arbeiter.

Vor einigen Monaten wählte eine Abordnung des englischen Transportarbeiterverbandes unter Führung von Ben Willert im Ruhrgebiet, um die durch die Besetzung geschaffenen Verhältnisse an Ort und Stelle zu untersuchen. Die gewonnenen Eindrücke hat die Abordnung in einer Schrift niedergelegt, welche, „Die Ruhr“ betitelt, im Verlag der Labour Publishing Company in London erschienen ist. Der Internationale Gewerkschaftsbund veröffentlicht jetzt Auszüge aus dieser Schrift, denen wir nachfolgendes, den Widerstand der Ruhrarbeiter betreffend, wiedergeben:

„Die Politik der deutschen Regierung ging darauf hinaus, die Ruhr zu paralysieren und Kohlenlieferungen an Frankreich zu verhindern. Der Erfolg der deutschen Politik ist der Erfolg der organisierten Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet.

Wir fanden die Arbeiter trotz der großen Opfer, die sie zum Widerstand entschlossen. Diese Politik entspricht ihrer tiefen Überzeugung. Die deutschen Arbeiter wollten nicht unter fremden Besatzungen arbeiten. Sie haben diesen Kurs verfolgt aus Haß gegen den Militarismus und aus Glauben an das Recht zu politischer und wirtschaftlicher Selbstbestimmung und der Einheit Deutschlands.

Arbeiter haben uns erklärt, daß die Franzosen in der Verwirklichung ihrer Pläne gescheitert sind und daß daher deren Agenten mit Streiks und Unruhen zu entsenden, um das Chaos im Ruhrgebiet zu vergrößern und Deutschland zur Kapitulation zu zwingen. Man hat uns auch die Prämie eines „Agent provocateur“ beigesetzt. Andererseits sagte man auch, daß die Agenten der deutschen Reaktionäre in dem Chaos den Triumph ihrer Pläne und die erfolgreich spekulierenden Industriellen die Schwächung der Gewerkschaften und der Macht der Arbeiter erblickten.

Es ist offenbar, daß die Gewerkschaften einen außerordentlich schwierigen Kurs zu steuern haben. Unaktivität der Gewerkschaften würde die Löhne tiefer sinken lassen zum Gefallen der Großindustriellen. Undisziplinierte Aktionen spielen den französischen und deutschen Nationalisten in die Hände.

Zu Beginn der Besetzung erkannten die Gewerkschaften, daß der passive Widerstand die einzige Waffe zur Bekämpfung des französischen Militarismus darstellte. (Der deutsche Arbeiter lehnt sich, der Welt ein Beispiel für die Hinfälligkeit militärischer Methoden gegenüber denen einer entschlossenen Passivität zu geben.) Aktiver gewalttätiger Widerstand gegen die Franzosen würde den Militarismus in Deutschland wieder ins Leben rufen. Vertreter der Arbeiterbewegung schätzten die Bekämpfung des deutschen Kapitalismus viel leichter, wenn dieser nicht durch deutschen noch französischen Militarismus unterdrückt werde.

Viele kompetente deutsche Beobachter und Bewohner des Ruhrgebiets vernahmen, daß der Monarchismus im Anmarsch begriffen sei, obwohl die Reaktion in anderen Teilen Deutschlands durch die Besetzung verdrängt worden ist. Die Gewerkschaften haben tatkräftig jedes Anzeichen der Reaktion bekämpft. Oft hat man uns gesagt, daß die Arbeiter des Ruhrgebiets niemals mehr Militarismus erdulden würden und daß monarchistisch-imperialistische Gefühle nicht mehr wiederkehren könnten, aber wir bemerkten, daß gewisse Elemente der politischen Mitte sich jetzt nach rechts gezogen fühlen als Resultat der französischen Besetzung und der extremistischen Gewalttätigkeit.

Die Arbeiter bei Krupp sind so antimilitaristisch, daß sie, wie man uns erklärte, ablehnten, Gefüße für südamerikanische Staaten herzustellen, und daß deren Betriebskomitee die Zulieferung geben mußte, daß in Zukunft keine Rüstungsarbeiten ausgeführt werden.

Über in der britischen Zone fanden wir viele strenge Beobachter, die uns die Befürchtung äußerten, daß die französische Politik den militärischen Geist und das Verlangen nach Revanche unter den Deutschen wieder belebe. Ein hoher britischer Beamter sagte zu uns: „Vor achtzehn Monaten herrschte unter dem deutschen Volke Wille zum Frieden... jetzt greift eine Wundlung Platz...“ Ein anderer beklagte sich darüber, daß einer der Vorfälle der verbündeten Besatzung im Rheinland, die Friedenskriegs-Exzesse, durch die französische Politik verdrängt worden sei und daß französischer Militarismus und Autokratie den alten Geist unter dem deutschen Volke wieder geweckt haben.

Wir können uns keinem Zweifel darüber hingeben, daß die Franzosen den Widerstand der deutschen Arbeiter geknirschen sehen möchten. Im Hinblick auf alles, was wir gesehen und gehört haben, können wir nur die Währung, die Disziplin und die stille Hingebung der deutschen organisierten Arbeiter in dieser unruhigen und kritischen Periode bewundern.

Die „strengen Beobachter“ in der britischen Zone mögen zu einem gewissen Teil recht haben. Jede nationale Entwürdigung, wie sie jetzt dem deutschen Volke durch den französischen Militarismus zugefügt wird, läßt naturgemäß in allen Volksteilen einen nationalen Trotz entstehen. Was sich aber im Ruhrgebiet bemerkbar macht, ist weniger der blinde „Nationalismus“, als ein gewisser gesunde, nationaler Gedanke. Richtig sagen die englischen Arbeitervertreter eingangs des Berichts, daß der Abwehrzweck ein solcher der organisierten Arbeiterbewegung sei. Träger dieses Abwehrwillens ist aber nicht nur der loyale Haß gegen den kulturell verfallenden Militarismus, sondern auch jenes gesunde, nationale Empfinden. Dieses wird vertieft, je hartnäckiger der militärische Druck wird, je größer die Gefahr der Zerteilung Deutschlands.

Moderne Sklavenhalter.

Die Auswanderung der polnischen Bergarbeiter nach den nordfranzösischen Kohlengebieten nimmt immer mehr zu. Ganze Kolonien sind schon dort entstanden und die Besatzungen mancher Gruben weisen schon bis zu 50 Prozent polnischer Bergarbeiter auf. Den größten Prozentsatz dazu liefert das Ruhrgebiet, aus dem schon fast die Hälfte der polnischen Bergleute abgewandert ist. Angeleitet durch eine lügenhafte Werbetrommel der französischen Grubenbesitzer und der polnischen Franzosenfreunde, hoffen die auswandernden Grubenproleten, in Frankreich größere Freischätze und bessere Arbeitsverhältnisse zu finden. Wie es aber damit beschaffen ist, zeigt eine Zuschrift aus Warschau des „Gazeta Gornicza“, das polnische Organ des schlesischen Bergarbeiterverbandes, der mit folgendem entnehmen:

„Die von der staatlichen Arbeiterzentrale angeworbenen Bergleute, die aus Polen und Schlesien kommen, werden in Polen von einer dort amtierenden französischen Agentenmission auf ihre berufliche Tauglichkeit untersucht. Die Untersuchung wird überaus brutal gehandhabt und die tauglichen „Ware“ wird ausgeliefert. Den vom Schicksal Auserwählten wird ein Stempel auf die Brust gedrückt zum Zeichen, daß die „Ware“ für gut befunden wurde und daß sie gekauft werden soll. Die Angeworbenen erhalten eine Anleihekarte, die ihnen das Recht gibt, in den eigens zu diesem Zweck erbauten Baracken zu kampieren und sich mit der schlechtesten Kost bis zur Ausfuhr nach Frankreich zu ernähren. Der Aufenthalt in den Baracken dauert einige Tage. Dann werden die Arbeiter zusammen mit Frauen und Kindern, die zu ihnen schon in Frankreich arbeitenden Männern und Vätern reisen, in dicht verschlossene Waggon gepackt, um nicht entweichen zu können, und nach dem Konzentrationslager in Loul in Kothingen befördert. Für die Reise bekommt jeder ein Zweifelhaftebrot und zwei Büchsen mit Konserven.

In Loul werden die Auswanderer mindestens einen halben Tag und eine Nacht in den drei Kilometer vom Bahnhof entfernten Baracken festgehalten, wogin sie unter militärischer Bedeckung zu Fuß getrieben werden. Hier findet eine erneute Sortierung der „Ware“ statt. Alsdann werden die Arbeiter geimpft, entampt und gebadet, danach werden sie wieder wie in Polen drüßig und beunruhigt untersucht. Erst nach Erledigung dieser Formalitäten werden sie in die sogenannte Kontrahalle geführt, wo sie von einer Reihe verschiedener Agenten beesehen, betastet, betrogen und ausgefacht werden, um „das Beste“ zu kaufen, den Kontrakt abzuschließen und es den Ausbeutungsorgani zu verschicken. Der Kontrakt gilt mindestens für ein Jahr. Arbeits- und Lohnbest darf innerhalb dieses Zeit-

raumes nicht gewechselt werden. Dadurch wird der Arbeiter ein völliger Sklave des Arbeitgeber.

Die „glücklichen“ Bergleute, die zur Arbeit angenommen wurden, beginnen damit am Tage nach der Ankunft. Sie bekommen die schärfste Arbeit und wohnen in verfallenen Holzbaracken. Die Steiger bekommen neben ihrem Monatsgehalt eine Förderprämie, weshalb sie die Bergleute fortwährend antreiben. Wenn der Arbeiter innerhalb zwei Wochen sein Soll im Gebirge nicht erreicht, was bei 95 v. H. nicht gelingt, erhält er einen von der Verwaltung willkürlich festgesetzten Schlichtlohn, der natürlich zum Nutzen des Unternehmers bemessen wird. Außerdem gibt es drei Lohnklassen; die letzte ist um 20 Prozent niedriger wie die erste und eben dieser werden die polnischen Bergleute zugeteilt. Der Steiger verspricht ihnen für gesteigerte Leistung eine bessere Bezahlung, die dann über ihre Kräfte draußlos mühen und sich dadurch die Unguttedenheit und die Verachtung der einheimischen Kameraden zuziehen und von ihnen als Vohndrücker betrachtet werden.

Die polnische Regierung läßt den Emigranten eine große „Fürsorge“ angedeihen. Sie läßt ihnen Spurens ganze Bänder von Pfaffen, angehenden Lehrern und Dolmetschern folgen, die gemeinsam die Seele des polnischen Arbeiters überwachen. Überall, wo unsere Arbeiter schafften, wimmelte es von reaktionären Vereinen und Organisationsbüros. Diese Gesellschaft hat freie Wohnung, Licht und Heizung und genießt noch viele andere Vorteile. Es ist darum verständlich, daß alle diese „Götter“ und „Beschützer“ der polnischen Arbeiter im Solde des französischen Kapitals stehen.

Unter diesen Umständen wird die Kontraktzeit nur von wenigen Arbeitern eingehalten. Die meisten flüchten schon nach kurzer Zeit und kommen dadurch in eine schredliche Lage. Arbeitslos irren sie umher, denn ohne Papiere finden sie nirgendwo Beschäftigung. Verhump und verelendet werden sie von der Polizei aufgegriffen, denn oft zwingt sie der Hunger zum Diebstahl.

Solchem Martyrium sind also die polnischen Bergarbeiter ausgesetzt, die auf die Rekruten der französischen Ausbeuter kriechen. Und die polnische Regierung ist noch diesen modernen Sklavenhaltern beifällig, sie verurteilt und verkauft ihre eigenen Landskinder an ihre französischen „Freunde“, statt sie einbringlich vor der Auswanderung nach dem französischen Grubengebiet zu warnen. Wir müssen leider dazu noch feststellen, daß auch die polnische Gewerkschaft dieser Verdrängung der polnischen Bergarbeiter nicht entgegengetreten, diese vielmehr zur Auswanderung noch ermuntert.

V. K.

Soziales Recht - Arbeiterversicherung.

Höhere Zulagen aus der Unfallversicherung.

In der achten Verordnung über Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung vom 20. August 1923 wird der angenommene Jahresarbeitsverdienst, nach welchem die Zulagen zu den Unfallrenten berechnet werden, gegenüber dem Jahresarbeitsverdienst der siebenten Verordnung vom 6. August 1922 verdoppelt. Für die Zeit vom 1. August auf müssen die alten Unfallrenten nebst Zulagen betragen bei einer Erwerbsverminderung von monatlich

38 1/2 %	1125000 M.	70 %	6048000 M.
40	1181000	75	6480000
45	1350000	80	6912000
45	1518750	85	7776000
50	2320000	100	8640000
60	5184000	120	10368000
66 2/3 %	5760000	150	12960000

Die monatlichen Hinterzinsbeträge betragen für eine Person 2592000 M., für zwei Personen 3184000 M. und für drei Personen 7776000 M. Für das besetzte und Einbruchgebiet sind alle Beträge um 25 Prozent höher.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Verlängerung des Kohlenabkommens.

Am 22. August wurde von der Mitgliedereversammlung die Verlängerung des Kohlenabkommens in der bisherigen Form um drei Monate, bis Ende 1923, beschlossen. Eine Änderung tritt nur insofern ein, als die Begegnungsgesellschaften wieder ausgeschaltet werden und die Berechnung zwischen der Synthetischhandelsgesellschaft und den Begegnen erfolgt.

Die kurze Dauer der Verlängerung läßt darauf schließen, daß gewisse Leute die Pläne auf Zerschlagung der Kohlenbergbauwirtschaft noch nicht aufgegeben haben.

Bergrecht in Rußland.

Der bisher in Rußland nach Erzen schürfen wollte, beabsichtigte hierzu, wie in den meisten Ländern, der Genehmigung der Regierung. Rußlands Bergbau liegt aber sehr darnieder und die Erzförderung ist noch zum Teil unerforscht. Das jetzige Sowjetrußland gibt sich alle Mühe, das Interesse für die Erforschung und den Bergbau zu heben. In der am 6. Juli in Moskau abgehaltenen Sitzung des Exekutivkomitees wurde ein Antrag auf einen neuen Bergbaurecht beraten, in welchem die Freiheit aller Bürger bei der Erforschung nach Erzlagerstätten festgelegt werden soll. Diejenigen Bürger, die Erzlager ausfinden, sollen ein Vorkaufsrecht beim Abbau der Lagerstätten erhalten, letztere bleiben jedoch Eigentum des Staates. Der Antrag wurde einer Kommission überwiesen, doch ist mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß er Gesetz wird.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Berggewerbegerichtsbarkeit unter Polizeiaufsicht.

Die Berggewerkschaft ist um ein neues Unikum bereichert. Bergrecht gehört der Ruhr. Berggewerbegericht mit Polizeiaufsicht? Nein, so etwas war noch nie da, wird es hoffentlich auch nie mehr geben.

Am 26. Juni war Termin gegen die Jech Auguste Vittoria vor der Spruchkammer Heddinghausen-West unter Vorsitz des oben genannten Herrn. Sechs Klagesachen standen zur Verhandlung. Es konnten nur zwei Sachen erledigt werden, die anderen mußte man zurückstellen, weil die in der Klageschrift benannten Zeugen (für welche auch die Bezeugungsstücke eingereicht waren) nicht geladen waren. Der vorliegende Bergarbeiter scheint auch seine eigenen Umgangssprachen zu haben, welche gegen Bezeugungsstücke übermäßig höflich, gegen Arbeiter und ihre Vertreter übermäßig unhöflich sind. Hier Denotzung, dort Beschneidung in der Beweisführung; hier Höflichkeitssphären, dort Anschauung. Auf alle Fälle ist dem Herrn die notwendige Objektivität nicht geläufig. Aus diesen Ursachen kann es geschehen, daß ein Kameraden Mühen, der als Vertreter der Mäger auftrat, an diesem Tage zu harter Geduld. Der den Kameraden Mühen kennt, weiß, daß jeder vernünftige Mensch mit ihm fertig werden kann.

Am 27. Juli war die nächste Verhandlung. Und was tat da der Bergarbeiter? Er ließ Polizei kommen, um mit ihr die „Worte des Gerichts“ zu wahren!

Wir haben in Deutschland viele Gewerbegerichte, mehrere Berggewerbegerichte und viele Spruchkammern, doch überall haben die Vorstände so viel Geschäft ausgebracht, um nicht im entferntesten an einen Polizeiaufsatz auch nur denken zu brauchen. Und was das nicht fertig bringt, soll von solchen Gerichten die Finger lassen.

Bekämpfung des Betrugs.

Besonders beim Hochtreiben von Aufbrüchen macht sich der Betrugsbau dadurch läßt bemerken, daß er von der verbrauchten Bergbauwirtschaft aufgewendet wird und die Arbeitsstelle mit einer

dichten Staubwolke ausfüllt. Ein alter Gefährdeter, der Kamerad August Zeidler, wohnhaft in Rastrop, Frohlindestraße 28, hat sich lange mit dem Problem beschäftigt, wie wohl am besten diesem Uebel abgeholfen wäre. Er ging von den richtigen Gedanken aus, daß die Bohrvorrichtungen nicht durch Komplikationen erschwert werden dürfen. Die heute schon gebräuchlichen Staubfänger oder Staubsauger sollen deshalb ungeeignet sein, weil sie unhandlich und schwer anzubringen sind und von den Bergleuten ungern gebraucht werden. Er erfand deshalb einen Abnehmer der verbrauchten Bohrerhammerluft. Dieses ist ein Schlauch aus Reinwand, der schnell an dem Bohrerhammer anzubringen und sehr leicht ist. Die Luft kommt dadurch mit dem Staub nicht in Verührung. Nach vorliegenden Zeugnisabschriften sprechen mehrere Kameradschaften, welche die Erfindung ausprobiert haben, sich lobend darüber aus. Betriebsräte, die ein Interesse daran haben, mögen sich zwecks Durchführung der Erfindung an obige Adresse wenden.

Achtung, Bergarbeiter aus dem Ravensbergischen und dem Freikant Lippel!

Der Vorstand unseres Verbandes hat sich wiederholt an die Wirtschaftliche Außenstelle in Hamm gewandt bezüglich Entschädigung der Bergarbeiter, die im besetzten Gebiet arbeiten und im unbefestigten Gebiet wohnen, jetzt aber infolge der verschärften Verkehrsperre nicht zu ihrer Arbeitsstelle gelangen können.

Untern 22. August ging nachfolgendes Anmordensreiben vom der Wirtschaftlichen Außenstelle ein, welches wir zur Orientierung der von der Sperre betroffenen Bergarbeiter wörtlich folgen lassen:

„Nachstehend werden Ihnen die Richtlinien, die den Herren Regierungspräsidenten für die jetzige Sperre mitgeteilt worden sind, übersandt:

Im Benehmen mit dem Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt, daß auch für die jetzige Verkehrsperre die Bestimmungen über die Verlegung der ausgefertigten Arbeitnehmer bei der vorigen Verkehrsperre in Geltung bleiben. Auf unsere diesbezügliche Schreiben vom 4. Juli (M.-Nr. 1488) sowie vom 31. Juli (M.-Nr. 2201) wird hierbei Bezug genommen. Jedoch kann die im besetzten Gebiet zugelassene besondere Fürsorge in Höhe von zwei Dritteln des Lohnes (Lohnsicherung) — in keinem Fall darüber hinaus — nur für solche Arbeiter in Frage kommen, die schon vor der Sperre ohne Kenntnis ihrer Verhängung ins unbefestigte Gebiet eingereist waren, z. B. wegen Krankheit, Urlaub u. dgl. Arbeitnehmer, die erst nach Verhängung der Sperre oder in Kenntnis derselben eingereist sind, werden nur in den Fällen ausnahmsweise berücksichtigt werden können, in denen die Einreise durch besondere dringende Umstände, eigene Krankheit, Krankheit in der Familie, veranlaßt worden ist und die Rückkehr ins besetzte Gebiet unmöglich geworden ist. Ausreise durch die Sperre ins unbefestigte Gebiet zum Zwecke der Lebensmittelausstattung kann als ausreichender Grund in der Regel nicht anerkannt werden. Für Arbeitnehmer, die hiernach mit der Lohnsicherung des besetzten Gebiets nicht versorgt werden können, kommt lediglich die allgemeine Arbeitslosenversorgung des unbefestigten Gebiets (in Randgebieten verstärkte individuelle Gewerkschaftsfürsorge) in Betracht. gez.: Freih. v. Schöge.

Wir ersuchen die Bergarbeiter, sich diese Notiz aufzuheben für den Fall, daß ihnen von den Arbeitsämtern oder Kreiswohlfahrtsämtern in der Auszahlung der Unterstützung Schwierigkeiten in den Weg legen. Der Vorstand: J. A. Fr. Wiedemann.

Südbentischland.

Zahlstelle Beiting.

Am 8. August verunglückte der Kamerad Georg Schleich durch vorzeitiges Entladen eines Sprengschusses tödlich. Der Verunglückte war langjähriges Mitglied unseres Verbandes und Funktionär der Zahlstelle. Auch war er längere Zeit Knappschaftsleiter. Die Zahlstelle verlor einen wackeren Mitarbeiter. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Die Ortsverwaltung.

Bezirk Saargebiet.

Neue Lohnerhöhung im Saargebiet.

Nach schwierigen Verhandlungen hat die Saarbergwerksunion den Verbänden der Arbeitsgemeinschaft eine Lohnerhöhung von 1 Fr. pro Schicht für August und weitere 0,60 Fr. für September ausgetan.

Das Veder-Verbanden sucht diesen Erfolg den Arbeitsgemeinschaftsorganisationen streitig zu machen und die Erhöhung als Erfolg seines Verbandes hinzustellen, da dieser schon am 12. Juli eine Lohnforderung gestellt habe. Unsere Kameraden stellen durch Nachfrage bei der Direktion fest, daß diese mit dem Veder-Verband überhaupt nicht verhandelt, sondern den Abschluß mit den Verbänden der Arbeitsgemeinschaft nachträglich von Veder hat unterzeichnen lassen.

Den Alten zur Ehr

Den Jungen zur Lehr

Jubiläumstafel

Der Kamerad Franz Trahe, Zahlstelle Rombruch, ist 30 Jahre Verbandsmitglied und heute noch Knappschaftsleiter. — Der Kamerad Herrn. Pöhlke gehört seit 1889 dem Verbands an und ist heute noch vorbildlicher Verbandsarbeiter.

25jährige Verbandszugehörigkeit

bei langjähriger Verbandsfunktion haben folgende Kameraden hinter sich: Johann Caubald, Zahlstelle Mark; Johann Rihm, Zahlstelle Hölterhausen, Bezirk Gladbeck; Johann Aladamiga, Zahlstelle Blommarkthütte in Pohl-Oberhiesien; Emil Bäberer, Zahlstelle Reddinghausen, Süd II; Gustav Criel, Zahlstelle Alt-Lässig, Kreis Waldenburg.

Zur Beachtung! Alle Zulisten für die Jubiläumstafel müssen Angaben über innerehabte Verbandsämter der Jubilare enthalten. Andere Zulisten werden nicht berücksichtigt. Wer nie Verbandsfunktionen ausübte, kann nicht berücksichtigt werden.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 26. Woche (vom 2. bis 8. September) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Abrechnungveränderung.

Wittenbachum. Der Kassierer Hr. Sokolowski hat seinen Namen umändern lassen auf Fritz Falkner und wohnt Wasserstraße 43b.

Krankengeldauszahlung.

Oeffel II. Das Krankengeld wird jeden zweiten Sonntag im Monat, morgens 9 1/2 Uhr, im Hofale Floßbach, also eine halbe Stunde vor der regelmäßigen Mitgliedereversammlung, ausbezahlt.

Zur Beachtung! Allen Mitgliedern, welche Bestellungen auf Rasterer-Karten gemacht und solche noch nicht erhalten haben, bitte zur Kenntnis, daß die Karten aufverkauft sind. Eine Neuauflage kann in absehbarer Zeit nicht erfolgen. H. Hansmann & Co., Beckum.

Kameraden, agitiert für den Verband